

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 112 (2018)
Heft: 10

Artikel: Kirche für KoVI : und wo sind die anderen?
Autor: Zurlinden, Melanie
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-816589>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Theologie der Unterdrückten

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist kein Konflikt zwischen zwei Völkern – ansonsten hätten wir ihn vor langer Zeit gelöst. Israel kann es sich leisten, die Besatzung und Kolonialisierung Palästinas voranzutreiben, weil es von den Reichen und Mächtigen des Westens mit der nötigen Hardware und biblisch-kultureller Software versorgt wird. Es ist an uns, diese Software nicht nur zu knacken, sondern eine neue, andere zu entwickeln: Eine authentische Theologie, basierend auf Gerechtigkeit, Menschenrechten und Vielfalt; eine Theologie von und für die Unterdrückten, nicht eine Theologie des Imperiums. Wir müssen neue Medien entwickeln, um unsere Theologie in den öffentlichen Raum hinauszutragen. Auch wenn der Weg lange zu sein scheint und wir uns überwältigt fühlen ob der schieren Macht des Imperiums, so sehen wir doch bereits die Risse in den Mauern, die dieses Imperium aufgezogen hat. Die Eröffnung der US-Botschaft in Jerusalem hat gezeigt, dass das Imperium heute so isoliert ist wie noch nie. ●

- Mitri Raheb, *1962, ist lutherischer Theologe, er war Pfarrer der Weihnachtskirche in Bethlehem. Er ist der Gründer und Leiter des Dar al-Kalima University College of Arts and Culture in Bethlehem.
www.mitriraheb.org
- Der stark gekürzte Artikel basiert auf einem Vortrag Mitri Rahebs an der DARE Konferenz in México City im Mai 2018.
Übersetzung: Dolores Zoé Bertschinger.

Kirche für KoVI. Und wo sind die anderen?

Melanie Zurlinden

Auf www.kirchefuerkovi.ch unterstützen zahlreiche christliche Organisationen und Personen die Konzernverantwortungsinitiative. Engagieren sich auch nicht-christliche Religionsgemeinschaften in politischen Debatten in der Schweiz?

Wenn es um ethische Fragen geht, bringen sich religiöse Organisationen häufig in die öffentlichen Debatten ein. So auch bei der Konzernverantwortungsinitiative (KoVI), die Schweizer Konzerne verpflichten will, Umwelt- und Menschenrechtsstandards im Ausland zu achten. Das Interesse seitens christlicher AkteurInnen ist gross, wie man beim Bündnis *Kirche für KoVI* sehen kann. Hier schliessen sich Organisationen der Landeskirchen sowie aus dem freikirchlichen Umfeld mit dem Ziel zusammen, die Initiative zu unterstützen. Es ist ihnen ein Anliegen, sich als gesellschaftliche Kraft zu positionieren. *Kirche für KoVI* setzt sich für diese Initiative ein, weil es um Themen geht, die aus christlicher Perspektive fundamental sind: Menschenwürde, Bewahrung der Schöpfung und weltweite Gerechtigkeit.

Diese Themen sind jedoch keinesfalls nur christlich besetzt, sondern auch für andere Religionsgemeinschaften von Interesse. Bei einem Blick auf die Trägerorganisationen der Plattform *Kirche für KoVI* fällt allerdings auf, dass sich darunter keine muslimischen, jüdischen, buddhistischen oder hinduistischen Organisationen finden. Auch auf den Seiten ihrer Dachverbände finden sich keine Stellungnahmen zu dieser aktuellen Menschenrechts- und

Umweltinitiative. Weshalb sich die kleinen Gemeinschaften bisher (noch) nicht in die Diskussion einbringen, darüber kann nur spekuliert werden. Bei ähnlich ethisch ausgerichteten Abstimmungen – beispielsweise zu bioethischen Fragen, zur Abtreibung oder Sterbehilfe – haben besonders jüdische und freikirchliche, aber auch muslimische Gemeinschaften öffentlich Stellung bezogen: Sie setzen sich basierend auf Thora, Neuem Testament oder Koran und Hadithen für den Schutz des Lebens und die Menschenwürde ein. Sie begründen dies mit dem Menschen als Geschöpf Gottes, das in seiner Person und Würde geschützt werden müsse.

Wie und warum äussern sich Religionsgemeinschaften öffentlich? Für die Beteiligung kleinerer Religionsgemeinschaften in der direkten Demokratie lassen sich verschiedene Gründe für die unterschiedliche Beteiligungsart und -dichte an politischen Debatten ausmachen.

Migrationsstatus und Ressourcenknappheit

Der Zugang zur Mitwirkung an öffentlichen Diskussionen ist in hohem Masse abhängig von den personellen, finanziellen und fachlichen Ressourcen der Religionsgemeinschaften. Wenn die Partizipationsmöglichkeiten zu wenig bekannt sind, wo Anknüpfungspunkte fehlen oder sich zu wenige Engagierte finden, ist kaum Teilnahme an öffentlichen Politdebatten beobachtbar. Von diesem Mangel sind die nicht-christlichen Gemeinschaften in der Schweiz betroffen, oft sogar mehrfach. Mehrheitlich sind es MigrantInnen-gemeinschaften, die erst seit Kurzem in der Schweiz vertreten sind. Andere sind von ihrer Grösse her eher marginal oder brauchen alle ihre Ressourcen für den Aufbau der eigenen Gemeinden. Muslimische RepräsentantInnen führen den Mangel an Ressourcen als Grund für ihre Zurückhaltung in den öffentlichen Debatten auf: unzureichende Sprachkenntnisse, mangelnde Finanzen und auch ein eher niedriges Ausbildungsniveau vieler Mitglieder. Diese Beschreibung dürfte nicht nur für muslimische, sondern auch für hinduistische und buddhistische MigrantInnengemeinden gelten. Die Zeit wird hier Veränderungen bringen: Sobald die Mehrheit der Gemeindemitglieder die Sprache beherrscht, einen gesicherten

Aufenthaltsstatus oder einen Schweizer Pass besitzt und besser ausgebildet ist, wird sich eine höhere Beteiligung an öffentlichen Debatten zeigen. Der Pluralismus auf zivilgesellschaftlicher Ebene braucht eben seine Zeit.

Hinzu kommt, dass wir von aussen nur beobachten können, was uns durch Medien und soziale Netzwerke präsentiert wird. Wie intensiv die Diskussionen innerhalb der Gemeinschaften geführt werden, darüber sind kaum qualifizierte Aussagen möglich.

Geschichtliche Erfahrungen

Für die Frage, ob und wie sich Religionsgemeinschaften öffentlich äussern, sind auch die historischen Entwicklungen und Erfahrungen der Gemeinschaften in der Schweiz wichtig. Die Freikirchen verstehen sich beispielsweise seit jeher als moralisch-ethischen Gegenpol zum Staat und als unabhängig von den Landeskirchen. Dachverbände mit mindestens hundertjähriger Tradition, die sich auch zu politischen Themen äussern, sind die Schweizerische Evangelische Allianz (SEA) oder der Verband Evangelischer Freikirchen und Gemeinden (VFG). Ihre Beteiligung an politischen Debatten zeigt, dass die Distanz zum Staat nicht mit Desinteresse gleichgesetzt werden darf: Auf den professionellen Internetseiten der Verbände finden sich viele Stellungnahmen zu Vernehmlassungen, insbesondere zu den Themen Familie und Bioethik – allerdings nicht zur Konzernverantwortungsinitiative. Für freikirchliche Organisationen ist es einfacher, sich in die öffentliche Diskussion einzubringen als für nicht-christliche, kleinere Religionsgemeinschaften. Denn sie konnten sich einer bereits bestehenden christlichen – oft reformierten, landeskirchlich organisierten – Trägerschaft anschliessen.

Ganz anders gelagert sind die geschichtlichen und sozialen Erfahrungen der jüdischen Gemeinden in der Schweiz: Antisemitismus hat die Gemeinschaft vorsichtig gemacht. Andererseits zeigt sich die jüdische Gemeinschaft durch ihre lange Tradition hierzulande und ihr im Vergleich zur Gesamtgesellschaft überdurchschnittliches Bildungsniveau als sehr gewandte Akteurin auf der zivilgesellschaftlichen Bühne. Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) wurde 1904

gegründet, um mit einer gemeinsamen jüdischen Stimme aktiver aufzutreten. Dass sich der SIG intensiv mit dem politischen Geschehen in der Schweiz auseinandersetzt, zeigt auch die grosse Zahl von Positionspapieren zu öffentlichen Debatten auf der Webseite swissjews.ch – allerdings ebenfalls (noch) ohne Bezug zur Konzernverantwortungsinitiative.

Die muslimische Gemeinschaft in der Schweiz ist erst seit den achtziger Jahren in regionalen Dachverbänden organisiert. Seit den Terroranschlägen von 9/11 werden muslimische Verbände in ihrer neuen Heimat zunehmend marginalisiert. Heute sind die nationalen (FIDS, KIOS) und regionalen Dachverbände (wie etwa VIOZ, UVAM) immer wichtigere Ansprechpartner für Behörden und Medien. Gleichzeitig äussern sie sich weiterhin selten und nur mit grosser Vorsicht öffentlich, damit sie gesellschaftlich nicht anecken. So ist innerhalb der muslimischen Gemeinschaft die Meinung verbreitet, dass sich MuslimInnen nur zu politischen Vorhaben äussern sollten, die sie direkt betreffen, beispielsweise zur Minarettinitiative oder zu Vorstössen zum Verhältnis von Kirche und Staat. Wiederum gilt: Wie stark die Themen intern (auch von Seiten der jeweiligen Gemeinschaftsführung) diskutiert werden, darüber sind qualifizierte Aussagen nicht möglich.

Doppelrollen

In der direkten Demokratie verschwimmen manchmal die Grenzen zwischen zivilgesellschaftlichem, politischem und religiösem Engagement. Dies zeigt sich in Hinblick auf kleine Religionsgemeinschaften vor allem bei den freikirchlichen AkteurInnen, die auch in der EVP oder in der EDU politisch aufgestellt sind. Bei *Kirche für KoVi* ist dasselbe Phänomen allerdings auch bei landeskirchlichen VertreterInnen beobachtbar. Einige Mitglieder der Trägerorganisationen engagieren sich als Privatpersonen für die Plattform und haben gleichzeitig politische Funktionen inne, etwa als Parteipräsidentin der EVP Schweiz (Marianne Streiff) oder als Präsidentin des evangelischen (Dorothea Forster) sowie katholischen (Simone Curau-Aeppli) Frauenbunds. Durch die enge Verknüpfung von ziviler und politischer Öffentlichkeit können die Engagierten in beiden Foren die

Wertediskussion mitgestalten. Bei jüngeren und kleineren Gemeinschaften in der Schweiz gibt es diese Doppelrollen noch nicht. Man darf aber nicht ausser Acht lassen, dass sich bereits heute zum Beispiel bei den SP Secondos auch Personen mit nicht-christlich geprägtem Migrationshintergrund politisch engagieren.

Alle mitmachen lassen

Die Konzernverantwortungsinitiative hat, wie es scheint, für die kleineren Religionsgemeinschaften derzeit keine Priorität. Möglicherweise fühlen sich ihre Mitglieder nicht direkt betroffen: Die kleinen Gemeinschaften setzen ihre oftmals begrenzten Ressourcen sehr wohl auch für öffentliche Stellungnahmen zu politischen Vorlagen ein – aber eben nur da, wo sie wirklich Akzente setzen wollen, weil es ihre Kernanliegen betrifft. Mit knappen Ressourcen müssen sie gut haushalten und sie dort einsetzen, wo sie unbedingt mitreden möchten. Dazu zählen im Moment eher die Themen Familie, Religionsunterricht oder das Verhältnis zum Staat und weniger eine Initiative über (un-)ethisches Verhalten von Grosskonzernen.

Es ist möglich, dass der Ständerat den Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative, den der Nationalrat eingebracht hat, nicht annimmt. In diesem Falle kommt es zu einer Volksabstimmung. Um noch weiter an Basis zu gewinnen, könnte *Kirche für KoVi* versuchen, über interreligiöse Foren wie beispielsweise den Runden Tisch der Religionen nicht-christliche Religionsgemeinschaften mit ins Boot zu holen. Man könnte sich dabei gut auf die oft zitierten, jahre-hundertealten, gemeinsamen ethisch-religiösen Grundwerte beziehen. Und vielleicht würde ein solches Vorgehen auch zur besseren Integration und leichteren Anerkennung nicht-christlicher Religionsgemeinschaften beitragen. ●

- Melanie Zurlinden, *1980, hat in Fribourg Religionswissenschaft studiert und war im Nationalen Forschungsprogramm 58 *Religion, Staat und Gesellschaft* tätig. Sie untersuchte die Rolle religiöser Minderheiten in der Schweiz anhand ihrer Partizipation an Volksabstimmungen über den Schwangerschaftsabbruch, Ausländer- und Asylfragen sowie das Religionen-Staat-Verhältnis.
- Melanie Zurlinden: *Religionsgemeinschaften in der direkten Demokratie. Handlungsräume religiöser Minderheiten in der Schweiz*. Wiesbaden 2015.